

Bericht des Beirats zum Sachsen-Monitor 2021/22

A. Zentrale Ergebnisse des Sachsen-Monitors 2021/2022

Nach über zwei Jahren Leben in der Pandemie liegen schwierige Zeiten hinter den Menschen in Sachsen, aber auch die Politik war in einem hohen Maße gefordert. Den Menschen wurde zum Teil viel abverlangt, Existenzen gerieten ökonomisch unter Druck und soziale Beziehungen wurden einem Stresstest unterzogen. Die Zeit war gekennzeichnet von einem kontroversen politischen Ringen um das richtige Management der Pandemie. In diesem Kontext entwickelte sich eine Bewegung von Menschen, die sozialstrukturell sehr heterogen ist, die der Corona-Politik sehr kritisch gegenübersteht und deren politische Anliegen sich zwischenzeitlich in Teilen weg von der „Sachfrage hin zu einer Systemfrage“ veränderten und sich mit Demokratie gefährdenden Strömungen bis hin zum Rechtsextremismus verbanden.

Vor diesem Hintergrund ist für den Beirat die Analyse der Empfindungen der Menschen in Sachsen, deren Einstellungen zu sozialen und politischen Fragen und deren Veränderungen im Vergleich zum letzten Sachsenmonitor 2018 von besonderem Interesse. Die Datenerhebung fand zum größten Teil vor Beginn des Krieges in der Ukraine statt, so dass diese Problemlage noch keine einschneidende Relevanz für die hier vorliegenden Ergebnisse haben konnte.

1. Großer Unterschied zwischen persönlicher Zufriedenheit und gesellschaftlichen Sorgen

Bei der Einschätzung der sozialen und wirtschaftlichen Lage der Menschen in Sachsen ist eine ambivalente Wahrnehmung der Befragten auffällig: eine hohe Zufriedenheit im persönlichen Leben ist verbunden mit großen Sorgen bezüglich gesellschaftlicher Entwicklungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Gleichwohl könnte auch positiv betrachtet werden, dass die Sachsen trotz der ökonomischen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie und der Diskussionen um Inflation und Transformation im Befragungszeitraum persönlich positiv aus der Krise gekommen zu sein scheinen. Selbst die negative Einschätzung der wirtschaftlichen Folgen könnte als gemäßigt angesehen werden.

1.1 Persönliche Lage - optimistisch, aber weiter viele Ungerechtigkeitsgefühle

Auf der persönlichen Ebene zeigen sich die Menschen in Sachsen nach zwei Jahren Pandemie **überraschend zufrieden und optimistisch**. 83 Prozent bewerten ihre persönliche wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut (ein Plus von zwei Prozent gegenüber 2018). Das trifft selbst für Personengruppen zu, die potentiell eine stärkere Belastung durch die Pandemie erlebt haben dürften. Arbeiterinnen und Arbeiter etwa zeigen sich zu 81 Prozent zufrieden. Wird auf die finanzielle Lage geschaut, zeigt sich eine deutliche Mehrheit (77 Prozent) zufrieden mit ihrer finanziellen Situation, 22 Prozent sind eher oder sehr unzufrieden. Das sind elf Prozent weniger als 2018. Allerdings kritisieren 50 Prozent und damit deutlich mehr als 2018 (plus sieben Prozent) die hohen Lebenshaltungskosten.

Es ergeben sich sachsenweit wenig regionale Differenzen in dieser Wahrnehmung. Dies gilt auch in Bezug auf die Beschäftigungssituation, das Wohnumfeld, die Sicherheit und die Infrastruktur. Bei all diesen Punkten zeigt sich eine hohe Zufriedenheit von 70 - 80 Prozent.

Ihre Zukunft sehen 73 Prozent der Befragten optimistisch, wobei der Wert in der jüngsten Altersgruppe sogar bei 85 Prozent liegt. Auffällig ist jedoch, dass sich die Menschen in der Oberlausitz deutlich pessimistischer zeigen, wobei auch hier noch immer 66 Prozent optimistisch in die Zukunft blicken. Nur 24 Prozent aller Befragten in Sachsen sehen ihre Region als „abgehängt“ an – wobei diese Einschätzung in der Bevölkerung in ländlichen Regionen deutlich stärker ausgeprägt ist. Es ist nicht überraschend, dass gerade Bewohnerinnen und Bewohner kleinerer Orte mit einer Einwohnerzahl von unter 5.000 (34 Prozent) ihren Ort eher abgehängt wahrnehmen als Menschen in großen Städten (17 Prozent). Doch selbst hier betrachtet eine klare Mehrheit der Befragten ihren Wohnort eher nicht (37 Prozent) oder gar nicht (29 Prozent) als abgehängt.

Trotz der insgesamt hohen persönlichen Zufriedenheit haben immer noch 55 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter und 62 Prozent der unteren Mittelschicht den Eindruck, dass sie im Verhältnis dazu, wie andere hier in Deutschland leben, weniger oder sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil bekommen. Gefragt nach den Gründen wurden nicht überraschend niedrige Löhne (42 Prozent), geringe Renten (26 Prozent) und die mangelnde Würdigung jahrelanger harter Arbeit (elf Prozent) genannt.

1.2 Sorgen zur gesellschaftlichen Lage: die Gesellschaft wird ungerechter wahrgenommen

Während im persönlichen Umfeld hohe Zufriedenheit herrscht, bestehen große Sorgen in Bezug auf die gesellschaftliche Situation. Dabei zeigen sich weiterhin bei einer großen Mehrheit von jeweils etwa 80 Prozent **Sorgen insbesondere hinsichtlich einer zunehmenden Spaltung zwischen Arm und Reich und eines Verlustes des gesellschaftlichen Zusammenhalts.**

Das Gefühl, dass es in Deutschland ungerecht zugeht, hat deutlich zugenommen. 57 Prozent der Befragten und damit fast neun Prozent mehr als 2016 stimmen dieser Aussage zu. Besonders auffällig sind die Alleinerziehenden, die erkennbar unter Druck stehen. Sie haben eher den Eindruck, dass es in Deutschland ungerecht zugeht und sehen eher die Gefahr eines sozialen Abstiegs. Gleichzeitig sind sie auch deutlich unzufriedener mit ihrer Beschäftigungssituation. Die Gruppe der Alleinerziehenden stellt in Sachsen ca. 25 Prozent aller Haushalte, in denen Kinder unter 18 Jahren leben. Sollen Familien gestärkt werden, muss diese gesellschaftliche Gruppe auch strukturell in den Blick genommen werden.

- Die Chancen des sozialen Aufstiegs werden gerade bei Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und aus den unteren sozialen Schichten deutlich schlechter eingeschätzt. So bewerten 82 Prozent der oberen Mittelschicht¹ ihre Aufstiegschancen positiv, aber nur 57 Prozent in der mittleren Mittelschicht. Noch geringer ist der Wert mit 31 Prozent in der unteren Mitte.
- Optimistisch werden dagegen die Aufstiegschancen der eigenen Kinder gesehen, die mit 80 Prozent als gut oder sehr gut eingeschätzt werden (Sachsen-Monitor 2018: 70 Prozent, 2017: 64 Prozent).

¹ Erfasst über die subjektive Schichteinschätzung.

2. Politik, Demokratie und Institutionenvertrauen: Keine „Corona-Diktatur“

Gerade in den Bereichen Politik und Demokratie hat der Beirat Einflüsse der Pandemiesituation auf die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger vermutet, zumal die politisch bestimmten Eingriffe für viele Menschen große Einschränkungen mit sich gebracht haben. Das Ergebnis entspricht hier allerdings nicht den Erwartungen.

Die Zufriedenheit mit der Demokratie – wie sie funktioniert und wie sie speziell in Sachsen funktioniert – ist relativ hoch und mit 59 Prozent fast unverändert zu 2018. Eine Mehrheit ist zufrieden oder sehr zufrieden.

Besonders hervorzuheben ist, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen seit 2018 deutlich gestiegen ist. Großes Vertrauen in die Landesregierung haben 53 Prozent der Befragten – ein Plus von sieben Prozent. Ähnliche Zuwachswerte erreichen der Landtag, der Bundestag und kommunale Parlamente. Auf niedrigerem Niveau steigt auch das Vertrauen in Parteien um zehn Prozentpunkte.

Sehr hohes Vertrauen genießt die Wissenschaft: 71 Prozent haben großes bis sehr großes Vertrauen. **Offensichtlich wird das politische Agieren der letzten zwei Jahre, das in hohem Maße von wissenschaftlicher Beratung unterstützt wurde, von einer deutlichen Mehrheit keineswegs als Diktat oder gar „Diktatur“ wahrgenommen.**

Auch den öffentlich-rechtlichen Medien und Tageszeitungen vertraut immerhin eine Mehrheit von 62 bzw. 60 Prozent. Allerdings zeigt sich hier ein doch deutlicher Vertrauensrückgang seit 2016 um 15 bzw. zwölf Prozent. Das Vertrauen in soziale Medien (facebook, Twitter etc.) fällt deutlich geringer aus: nur sieben bis 17 Prozent – je nach Medium – finden diese glaubwürdig. Werden die Altersgruppen näher betrachtet, findet hier wenig überraschend offensichtlich ein Strukturwandel statt: Die Medien, die als weniger glaubwürdig eingeschätzt werden, sind bei den Jüngeren zunehmend wichtige Informationsquellen.

Auffallend ist im Vergleich zu vorhergehenden Sachsen-Monitoren die Zunahme des Misstrauens der Menschen untereinander: 62 Prozent – sieben Prozent mehr als 2018 – sagen, „man kann nicht vorsichtig genug sein“, wohingegen nur noch 36 Prozent die Ansicht vertreten, dass den meisten Menschen vertraut werden könne.

Interessante Befunde liefert des Weiteren ein Blick auf das Thema direkte Demokratie: 71 Prozent der Befragten (15 Prozent mehr als 2018) stimmen der Aussage zu, „direkte Demokratie kann durch Demagogen missbraucht werden“. 58 Prozent (fast 20 Prozent weniger als 2018) stimmen zugleich der Aussage zu, „wenn die Mehrheit des Volkes etwas fordert, dann sollte das von der Politik auch umgesetzt werden – egal was Gerichte, Parlamente oder das Grundgesetz dazu meinen“. Zwar vertritt damit immer noch eine Mehrheit der Befragten diese dem Grundgesetz widersprechenden Aussage, aber dennoch scheinen sich in den letzten Jahren hier die Einstellungen zur Demokratie in eine positive Richtung verändert zu haben.

Insgesamt widerspricht das Ergebnis dem Eindruck einer zunehmend sehr unzufriedenen Bevölkerung. Trotz der Einschränkungen durch das Pandemie-Management der Politik ist das Vertrauen in die Demokratie und ihre Institutionen nicht gesunken und bei einer Mehrheit der Bevölkerung groß bei gleichzeitig großen gesellschaftlichen Ängsten. Das Vertrauen in Institutionen und hier vor allem auch jener der repräsentativen Demokratie hat

zugenommen, wenngleich die Unterstützung im deutschlandweiten Vergleich weiterhin unterdurchschnittlich ist.

3. Ressentiments in der Mitte der Gesellschaft gehen, wie deutschlandweit, auch in Sachsen deutlich zurück, sind aber weiterhin stark

Im aktuellen Sachsen-Monitor zeigt sich als positiver Befund, dass menschenfeindliche Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung deutlich abgenommen haben.

Zwar nehmen 40 Prozent Deutschland weiterhin als „durch Ausländer gefährlich überfremdet“ wahr, der Anteil ist allerdings seit 2018 sehr deutlich um 16 Prozent gesunken. Muslimen die Zuwanderung zu untersagen, fordert fast ein Drittel (29 Prozent; 2018 waren es noch 41 Prozent). Dieser deutliche Rückgang fremdenfeindlicher und rassistischer Haltungen findet sich ähnlich im Thüringenmonitor 2021 und deutschlandweit auch in der Mitte-Studie 2021.

Bei näherer Betrachtung des Antwortspektrums fällt auf, dass sich besonders im mittleren Bereich der Antwortskala² (eher zustimmen bzw. eher nicht) die Antworten verändert haben. Die Zahl derer, die menschenfeindlichen Haltungen „eher zustimmen“, ist deutlich zurückgegangen, wohingegen im extremen Antwortbereich (volle Zustimmung) wenig Veränderung festzustellen ist. Diese Bewegungen sprechen dafür, dass es einen relativ festen Sockel von ca. 15 Prozent innerhalb der sächsischen Bevölkerung gibt, die relativ unabhängig von äußeren Einflüssen verfestigte menschenfeindliche Einstellungen vertreten, wohingegen sich ein größerer Anteil in der „beeinflussbaren Mitte“ bewegt, einer Gruppe, die eine Disposition bzw. Offenheit für menschenfeindliche Haltungen hat, die durch äußere Ereignisse und deren Instrumentalisierung mobilisiert werden können. **Diese Instabilität gilt es in den kommenden Monitoren im Auge zu behalten.**

Antisemitismus ist hingegen ein weitgehend stabiles Phänomen in Sachsen. 16 Prozent der Menschen in Sachsen finden, Juden hätten zu viel Macht, ein Narrativ, dass an viele Verschwörungserzählungen im Kontext der Pandemie anknüpft. Weitere zehn Prozent der Befragten sagen, dies nicht genau zu wissen, was als latente antisemitische Haltung interpretiert werden könnte.

Auffällig ist zudem **der Anstieg sozialdarwinistischer Motive** in der sächsischen Bevölkerung. 15 Prozent (plus fünf Prozent) der Befragten akzeptieren das Recht des Stärkeren. 51 Prozent glauben wie schon 2018, dass sich Langzeitarbeitslose ein schönes Leben auf Kosten anderer machen.

Der deutliche Rückgang der negativen Einstellungen gegenüber Migrantinnen und Migranten sowie Musliminnen und Muslimen hat vermutlich verschiedene Ursachen. Zum einen erschwert die nachlassende Aufmerksamkeit durch die Corona-Pandemie die Instrumentalisierung des Themas durch rechte Akteure. Teilweise kann aber auch davon ausgegangen werden, dass sieben Jahre nach der Fluchtmigration 2015 eine gewisse Gewöhnung eingetreten ist und einige Ängste durch direkte Erfahrungen abgebaut werden konnten. **Trotz der positiven Tendenz bleiben die Werte hoch und stellen einen Anknüpfungspunkt für rechte Mobilisierungsstrategien dar. Entwarnung kann deshalb nicht gegeben werden.**

² Antwortskala Zustimmung: 1 voll – 2 eher – 3 eher nicht – 4 gar nicht.

4. Starke radikale Minderheit bei jungen Menschen

In der Altersgruppe der 18–29-Jährigen finden sich die wenigsten Ressentiments im Vergleich zu allen Altersstufen. Dennoch gibt es in dieser Altersgruppe eine nicht kleine und besonders radikale Minderheit von 15 bis 20 Prozent: Zwar sind die Ablehnung von Muslimen und der klassische Antisemitismus seit 2016 zurückgegangen, dennoch stimmen in der aktuellen Studie 18 Prozent der Aussage zu, „Juden haben zu viel Macht in der Welt“. Sechs Prozent wissen nicht, wie sie diese Aussage bewerten sollen. Das ist neben der Altersgruppe der über 70-Jährigen der höchste Wert.

Auch die Zustimmung zu anderen rechtsextremen und vor allem rechtsautoritären Aussagen findet sich weiter stark bei den 18-29-Jährigen. U. a. stieg die Zustimmung zur Aussage, „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ von zwölf auf 17 Prozent und die Zustimmung zur Aussage „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ von elf auf 18 Prozent. Dies sind jeweils die höchsten Werte im Vergleich zu allen anderen Altersgruppen. „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“, sagen 16 Prozent. Auch hier ist dies der höchste Wert in allen Altersgruppen. Diese Tendenz findet sich bereits in der Leipziger Autoritarismus-Studie 2020 und der Mitte-Studie 2021. Dort zeigt sich, dass rechtsextreme Einstellungen bei Jüngeren im Westen anhaltend rückläufig und eher gering ausgeprägt sind. Bei den jungen Ostdeutschen nehmen hingegen dominanzorientierte autoritäre Haltungen tendenziell eher zu.

5. Weiter starke Unterstützung für populistische und demokratiefeindliche Einstellungen

Populistische Haltungen zeichnen sich u. a. dadurch aus, dass scharfe Gegensätze zwischen dem „einfachen Volk“ und einer elitären politischen Gruppe konstruiert werden. Es gibt unterschiedliche Positionen dazu, inwieweit Populismus als Korrektur demokratischer Missstände wirken kann oder prinzipiell demokratiefeindliche Tendenzen aufweist. Häufig finden sich allerdings Elemente, die gegen die Prinzipien einer liberalen repräsentativen Demokratie stehen. Die Macht soll zwar dem Volk übertragen werden, häufig ist diese Forderung aber verbunden mit dem Wunsch nach einer starken Führungsperson, die diesen Volkswillen repräsentiert und über allen anderen Institutionen steht.

Besonders Rechtspopulisten nutzen solche Argumentationen, um die pluralistische Demokratie in Frage zu stellen und indem sie „das Volk“ völkisch konstruieren.³

Solche Einstellungen werden auch im Sachsen-Monitor zum Teil gemessen. Dabei finden sich Anknüpfungspunkte solcher populistischen Grundhaltungen in einem großen Teil der sächsischen Bevölkerung. Eine Tendenz, die sich allerdings auch in der bundesdeutschen Bevölkerung insgesamt findet, wie etwa die Allgemeine Bevölkerungsumfrage (ALLBUS 2018) zeigt. Insbesondere Denkmuster, innerhalb derer Politikerinnen und Politiker pauschal einer elitären Gruppe zugeordnet werden und ein Gegensatz zum Denken des einfachen Volkes

³ Mudde, C. (2007): Populist radical right parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.; Mudde, C., & Rovira Kaltwasser, C. (2018): Studying populism in comparative perspective: Reflections on the contemporary and future research agenda. *Comparative Political Studies*, 51 (13), 1667-1693.

konstruiert wird, sind weit verbreitet. 71 bzw. 73 Prozent der Befragten in Sachsen denken „Politiker wollen nur die Stimmen der Wähler“ und haben keinen wirklichen Kontakt zur Bevölkerung. Dieses Niveau wurde allerdings bereits 2018 erreicht und ist keine Folge der Pandemie. Die Zustimmung zur Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, ist seit 2017 um fünf Prozentpunkte gesunken – mit 36 Prozent aber noch immer sehr hoch. Weiterhin sagen 35 Prozent der sächsischen Bevölkerung, dass es in einer Demokratie auf die Rechte der Mehrheit ankomme und in Deutschland zu viel Rücksicht auf die Rechte von Minderheiten genommen werde. Fast die Hälfte der Befragten (48 Prozent) sehen den Mehrheitswillen als wichtiger als Gesetze und das Parlament. Beide Aussagen offenbaren eklatante Defizite im Verständnis zentraler Prinzipien der demokratischen Grundordnung.

63 Prozent glauben, wir hätten keine echte Demokratie und die Wirtschaft hätte „das Sagen“. Damit verbunden wird der Wunsch nach mehr direkter Demokratie und das Ansinnen, den Mehrheitswillen über das Grundgesetz und das Parlament zu stellen. Rund 50 Prozent der Befragten stimmen diesen Aussagen zu. Die potentielle Offenheit für rechtspopulistische Denkmuster zeigt auch der stark verbreitete Wunsch nach Führung in der sächsischen Bevölkerung. 63 Prozent wünschen sich eine „starke Hand“, in der Altersgruppe der 18-29-Jährigen sind es sogar 75 Prozent, 2018 waren dies noch 56 bzw. 53 Prozent. Der Wunsch nach einer starken Führung ist in der sächsischen Bevölkerung sehr verbreitet, hier gibt es eine potentielle Schnittstelle zu autoritären Gesellschaftsmodellen. Denn immerhin zwölf Prozent befürworten eine Diktatur unter bestimmten Umständen. Die Zustimmung zu autoritären Führungsmodellen ist in Ostdeutschland doppelt so stark ausgeprägt wie in Westdeutschland, wie die Befunde der Leipziger Autoritarismus-Studie 2020 (Decker/Brähler 2020: 37) und auch der Mitte-Studie 2021 (Zick et al. 2021: 89) zeigen⁴.

Diese Einstellungsmuster bieten Anknüpfungspunkte für autoritäre Bewegungen. **Insbesondere in überkomplexen Krisenzeiten ist die Gefahr einer Ausbreitung autoritärer Narrative bei Menschen, die prinzipiell offen sind für vereinfachende Erklärungsmuster, groß und diese reichen offenbar bis weit in die Mitte der sächsischen Gesellschaft.** Diese Empfänglichkeit besteht weitgehend unabhängig von der persönlichen wirtschaftlichen Zufriedenheit. Grund dafür könnte das Bedürfnis nach Ordnung und Orientierung in überfordernden Zeiten sein. Rechte Akteure versuchen genau diese diffuse Unzufriedenheit in eine Systemgegnerschaft umzudeuten.

Inwieweit sich hinter den geäußerten Wünschen nach mehr direkter Demokratie ein realer Wunsch nach mehr Partizipation und Transparenz verbirgt, bleibt zumindest in Teilen fraglich. Den Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung äußern zwar 60 Prozent, tatsächlich engagiert haben sich in Bürgerinitiativen und Vereinen aber nur zehn Prozent, 47 Prozent sagen, sie hätten wenig Interesse an Politik und bei denen, die eine niedrige Demokratiezufriedenheit aufweisen, sind es sogar 60 Prozent, die kein politisches Interesse äußern.

In der Gruppe derjenigen, die sehr unzufrieden mit der Demokratie sind, findet sich eine erhöhte Gewaltbereitschaft, um eigene Überzeugungen durchzusetzen. Menschen mit niedriger Demokratiezufriedenheit neigen zu acht Prozent zu Gewalt, bei Menschen mit

⁴ Decker, O. & Brähler, E. (2020) (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken. Gießen: Psychosozial-Verlag und Zick, A. & Küpper, B. (2021) (Hrsg.), Die geforderte Mitte. Bonn: Dietz Verlag.

einem hohen Level an menschenfeindlichen Ressentiments liegt der Anteil sogar bei 14 Prozent (Bevölkerungsdurchschnitt vier Prozent). Hier gilt es, konsequent den **Gefahren einer Radikalisierung** entgegenzutreten.

6. Die Wirkungen der Geschichte

In Sachsen stimmen 55 Prozent der Menschen weiterhin der Aussage zu, die Ostdeutschen seien „Bürger 2. Klasse“, und zwar weitestgehend unabhängig vom persönlichen Grad der Zufriedenheit. Ebenso spielen Bildungsgrad und Alter nur eine untergeordnete Rolle. So zeigen immer noch 42 Prozent in der Altersgruppe 18-29 diese Haltung, wenngleich sich das Gefühl bei den Jüngeren in geringerem Maße findet. Eine große Mehrheit gibt an, im persönlichen Umfeld häufig über die Nachwendezeit zu sprechen und mehr als die Hälfte wünscht sich, dass auch deutschlandweit mehr über die Umbrüche und Erfahrungen aus der Zeit nach der Wiedervereinigung gesprochen wird. Dieser Wunsch nach einer breiteren Debatte findet sich in allen Altersstufen. Der Wunsch nach einer stärkeren Würdigung der Leistungen der Ostdeutschen nach der Wende findet sich weiterhin bei über 60 Prozent der Befragten mit leicht steigender Tendenz. Dies ist auch für die heute 18-29-Jährigen, die Nachwendegeneration, mehrheitlich (52 Prozent) ein Anliegen.

Interessant ist dabei auch die Haltung zur Aussage, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen: 2021/22 stimmen sehr viel mehr Befragte dieser Aussage zu, als dies noch 2018 der Fall war (Anstieg von 39 auf 55 Prozent). Auch mehr jüngere Befragte geben hier eine klare Antwort: Hatten 2018 noch 28 Prozent mit „weiß nicht“ geantwortet und 39 Prozent dem zugestimmt, stimmen 2021/22 52 Prozent der Aussage zu.

In den letzten drei Jahren ist zudem die Zahl der Befragten deutlich gestiegen, die eine stärkere Nähe zu den Menschen in Osteuropa als zu den Westdeutschen artikulieren (von 17 Prozent im Jahr 2018 auf 29 Prozent). Die Zustimmung hat dabei besonders unter Befragten mit starken Ressentiments und einer geringen Demokratie-Zufriedenheit zugenommen.

7. Große Zustimmung für Klimaschutz – aber Angst vor der konkreten Umsetzung

Die überwältigende Mehrheit der Menschen in Sachsen (85 Prozent) teilt die Ansicht, dass der Klimawandel menschengemachte Ursachen hat und das Klimaschutz grundsätzlich ein Thema für alle ist. Nur elf Prozent und damit identisch mit bundesdeutschen Umfragen (More-in-Common-Studie) sagen, der Klimawandel hat nichts mit dem Einfluss der Menschen zu tun, darunter vor allem Befragte mit vielen Ressentiments und wenig Demokratievertrauen. Hinsichtlich der Frage, wie den Problemen begegnet werden sollte, findet sich jedoch keine einheitliche Sichtweise – die Gesellschaft ist hier gespalten. Während eine Seite einen umfassenden, zügig umzusetzenden Plan befürwortet (51 Prozent), bevorzugen die anderen eher kleine Schritte (46 Prozent). Nur die jüngeren Befragten stimmen mit 63 Prozent klar Ersterem zu. Hier unterscheidet sich Sachsen auch deutlich vom Rest der Republik: Laut einer Umfrage von More in Common stimmten in Gesamtdeutschland 71 Prozent für einen „umfassenden Plan“.⁵

⁵ Gagné, J. & Krause, L.-K. (2021) Einend oder spaltend? Klimaschutz und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland, Berlin,

Relative Einigkeit herrscht hingegen darin, dass die Interessen der großen Unternehmen und wohlhabenden Menschen zu sehr im Fokus stünden und dass Wirtschaft und Bundesregierung zu wenig tun würden. Immerhin zwei Drittel der Befragten in Sachsen sagen, es brauche Vorschriften und Regeln, damit die Einzelnen genug für den Klimaschutz tun. 46 Prozent sagen hingegen, „beim Klimaschutz sollten wir möglichst auf neue Technologien und Lösungen setzen, die uns erlauben, unsere Gewohnheiten und Lebensweisen beizubehalten“. Dieser Aussage stimmen vor allem Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Menschen mit niedrigen Bildungsabschlüssen zu – die Angst vor Verlusten durch mehr Klimaschutz ist in diesen Gruppen besonders stark ausgeprägt.

Das Aushandeln des Weges zur Bewältigung der Klimakrise ist daher eine offene Zukunftsaufgabe der Politik, die potentiell Anknüpfungspunkte für populistische Aufladung bietet. Die verbreitete Sicht, dass die Interessen der „einfachen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, der Menschen mit kleinen Geldbeuteln, zu wenig Beachtung fänden, sollte daher ernst genommen, rasch politisch aufgegriffen und sozialpolitisch entschärft werden.

B. Empfehlungen

1. Ressentiments in Sachsen

Das Absinken der Ressentiments in Sachsen ist erfreulich. Sachsen liegt damit im Bundestrend. Dennoch sind die Zustimmungswerte immer noch hoch und der Beirat gibt keine Entwarnung. Der harte Kern extrem rechter Einstellungen bleibt stabil, verändert sich aber: Offen rechtsextreme Einstellungen werden nur noch von sehr wenigen Befragten geteilt. Doch wie auch die Mitte-Studie 2021 feststellte, gibt es in einem Graubereich eine erhebliche Minderheit der Bevölkerung mit einer Offenheit für selbst hart formulierte rechtsextreme und antidemokratische Einstellungen.

Der Sachsen-Monitor belegt, dass die „lauten Stimmen“ im rechtspopulistischen Spektrum eine durchaus starke Minderheit sind und vielleicht das mediale Erscheinungsbild prägen. Extreme Einstellungen sind keineswegs in der gesamten Breite der Bevölkerung verankert. Die Ergebnisse zeigen mit den zum Teil abnehmenden Ressentiment-Werten, dass es Hoffnung für eine höhere Resilienz in der sächsischen Bevölkerung gegenüber antidemokratischen Einstellungen gibt. Gleichwohl ist unklar, ob es sich um eine dauerhafte Entwicklung handelt und sich der Rückgang als stabil erweist.

2. Politische Bildung und Stärkung der Zivilgesellschaft

Um die gesellschaftliche Widerstandskraft gegenüber demokratiefeindlichen Positionen und für eine weltoffene Gesellschaft in Sachsen zu fördern, gilt es, die politische, historische und mediale Bildung zu stärken. Ein genauerer Blick auf die Altersstruktur der Befragten zeigt deutlich, dass – wie bei den vorausgehenden Befragungen – junge Menschen nicht per se mehr Vertrauen in die Politik und den Rechtsstaat haben oder weniger diskriminierend denken. Präventionsprogramme gegen politischen Radikalismus bleiben daher wichtig, sollten aber neue Erscheinungsformen von Antisemitismus und rechts-autoritärem sowie

https://www.moreincommon.de/media/leapg0va/more_in_common_studie_klima_zusammenhalt.pdf.

anti-demokratischem Denken stärker berücksichtigen. Die Ergebnisse sollten für Politik und Zivilgesellschaft zudem weiter Ansporn sein, in schulische (u. a. Gemeinschaftskunde- und Geschichtsunterricht) und außerschulische Bildung zu investieren. In den Schulen müssen partizipatorische Prozesse, kontroverse Diskussionen und Toleranz gefördert werden. Demokratie muss als Prozess erfahrbar werden.

Damit die demokratische Zivilgesellschaft sichtbarer und stärker wird, muss sie staatlich, gesellschaftlich und privat konsequent gefördert werden. Die sächsische Zivil- und Bürgergesellschaft muss ein stärkeres, gemeinsames Bewusstsein für politische Verantwortungsübernahme entwickeln, damit Demokratiefeinde und Vertreter diskriminierender, rassistischer Positionen nicht den Anschein von Legitimität vermitteln, öffentliche Räume besetzen und ein Forum erhalten. Dieser Weg muss konsequent gefördert und gestärkt werden.

3. Vertrauen in Institutionen

Der Beirat betont die Wichtigkeit, das Vertrauen in Politik, in Medien, das Rechtssystem und die Wissenschaft als Fundamente demokratischer und rationaler Politik zu stärken.

Mit Blick auf das relativ hohe Vertrauen in Institutionen von Wirtschaft und Gewerkschaften sollte deren Bedeutung für den Kampf gegen Ressentiments eine wichtige Rolle bekommen. Gerade auch der aktuell deutlich werdende Fachkräftemangel könnte es erforderlich werden lassen, das Thema Weltoffenheit als soften Standortvorteil weiter auszubauen und zu stärken.

Daneben bleiben für die Selbstwirksamkeitserfahrungen zentrale gesellschaftliche und politische Organisationen der politischen Willensbildung wie Parteien, Verbände, Gewerkschaften, Kirchen etc. unverzichtbar. Das Vertrauen in diese hat teilweise zugenommen, es bleibt aber grundsätzlich nicht stark. Eine lebendige Demokratie braucht engagierte Demokratinnen und Demokraten aller Altersgruppen, die sich mit Ideen, Kompetenzen und Stimme in den politischen Meinungsbildungsprozess einbringen. Die genannten Organisationen, die unisono vor einem Generationenwechsel stehen, sind aber ebenfalls aufgerufen, intern zu überprüfen, wie sie attraktiver für interessierte Bürgerinnen und Bürger werden können.

4. Selbstermächtigung vor Ort

Viele Menschen fühlen sich nicht ausreichend vertreten, nicht gesehen, nicht gehört und wollen direkter und unmittelbarer Einfluss auf die Entscheidungsprozesse nehmen und die Demokratie mitgestalten. Deshalb bleibt es weiterhin eine zentrale Aufgabe der Politik, Menschen stärker vor Ort in politische Prozesse auch zwischen den Wahlen einzubeziehen, um Gefühlen des „Nicht-Gesehen-Werdens“ entgegenzuwirken und politische Selbstermächtigung in politischen Prozessen zu erzeugen. Es braucht eine Offenheit der Kommunalverwaltungen, Bürgerbeteiligungen noch mehr als Chance wahrzunehmen, sich diesen zu öffnen und entsprechende Prozesse konstruktiv zu begleiten.

5. Soziale Probleme und Gerechtigkeitsfragen

Die Zahlen im Sachsen-Monitor sind eindeutig: Menschen mit geringerem Einkommen und niedrigeren Bildungsabschlüssen fühlen sich weniger repräsentiert, blicken skeptischer in die Zukunft, haben geringeres Vertrauen ins politische und soziale System und neigen öfter zu diskriminierenden Einstellungen. Die Schließung echter und empfundener Gerechtigkeitslücken, gerechte Löhne und ausreichende Renten sind daher wichtig für die politische Agenda. Die Zahlen zeigen zudem, dass die Alleinerziehenden deutlich unter Druck sind. Insofern sollte sich der nächste Familienbericht bzw. der Kinder- und Jugendbericht in Sachsen diese Familien zum Thema machen.

Es gilt, größere festgestellte Ungleichheiten zwischen Stadt und Land, verschiedenen Regionen Sachsens und Ortsgrößen im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse zu berücksichtigen. Hier gilt es auch, die Ungleichheiten beim empfundenen „Abgehängtsein“ des eigenen Wohnortes in den Blick zu nehmen.

Offen gefragt, welches gegenwärtig die größte Chance für Sachsen sei, antworteten 30 Prozent „weiß nicht“. 21 Prozent der Befragten nennen als „größte Chance für Sachsen“ die Ansiedlung von neuer Industrie und die Förderung von Wirtschaft, zudem nennen sechs Prozent „innovative Technik (z. B. Chipindustrie) fördern“ sowie fünf Prozent den „Ausbau erneuerbarer Energie/Braunkohleausstieg“ als größte Chance. Wird dieser Befund mit der Aussage von 42 Prozent der Befragten verknüpft, dass zu geringe Löhne die Ursache für die wahrgenommene Gerechtigkeitslücke sind, muss Wirtschafts- und Investitionsförderung zugleich der Forderung nach höheren „gerechten“ Löhnen nachkommen, wie sie letztlich über eine stärkere Förderung tariflicher Bezahlung erreicht werden könnten. Dies berücksichtigend sollten Politik und Verwaltung die Bedingungen für private Investitionen verbessern sowie höhere Löhne und die Arbeitnehmerschaft in Sachsen stärken.

6. Lehren aus der Geschichte

Die gesteigerte Wertschätzung des sächsischen Beitrags zur Friedlichen Revolution kann ein wichtiger Einstieg in historische Bildung sein, die sich sowohl den beiden deutschen Diktaturen als auch der Geschichte der Bundesrepublik im europäischen Kontext widmen sollte. Die Aufarbeitung der noch immer virulenten Transformationserfahrungen in den neuen Ländern sowie der DDR-Vergangenheit zusammen mit der aus dem Sachsen-Monitor ablesbaren Verbundenheit vieler Sachsen mit mittel- und osteuropäischen Nachbarn muss wahrgenommen und bei der politischen Bildung berücksichtigt werden.

7. Sachsen und der Klimawandel

Eine überwältigende Mehrheit in der sächsischen Bevölkerung hält den Klimawandel für eine wissenschaftlich belegte Tatsache. Die gegenwärtige gesellschaftliche Lage birgt dennoch Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Vor dem Hintergrund der Offenheit für antidemokratische Angebote ist es wichtig, dass die Politik die potentielle Sprengkraft dieser Sorgen erkennt und rechtzeitig politisch und sozial gegensteuert. Die Veränderungs- und Umstrukturierungsprozesse, die im Umweltbereich in den nächsten Jahren unumgänglich sein werden, müssen öffentlich diskutiert werden. Es gilt, Räume zu eröffnen, um Dialoge zu ermöglichen. Diese kommunikativen Räume sind notwendig, um Ängste, die in diesem

gesellschaftlichen Veränderungsprozess entstehen, aufnehmen zu können. Diese Aushandlungsprozesse müssen öffentlich und transparent geführt werden. Zugleich haben die Bürgerinnen und Bürger in Sachsen hohe Erwartungen daran, dass diese Generationenaufgabe zügig und kraftvoll angefasst wird und die mit den Veränderungen einhergehenden Ängste, Unsicherheiten und Belastungen ernst genommen werden. Dies gilt insbesondere in Bezug auf die Befürchtungen der Sachsen, dass durch den Klimawandel die „kleinen“ Leute oder die kleinen und mittelständischen Unternehmen einseitig belastet werden.

8. Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Sachsen-Monitors

Der Sachsen-Monitor sollte in den kommenden Jahren im Zweijahresrhythmus wissenschaftlich fundiert weiterentwickelt und fortgeführt werden und vor allem auch die Vergleichbarkeit mit bundesweiten Studien ermöglichen. Eventuell könnten spezifische Gruppen für vertiefende Analysen überproportional berücksichtigt werden, wie z. B. Alleinerziehende, junge Menschen etc.. Qualitative Befragungen zu Einzelthemen wären weiterhin ebenso zu begrüßen wie eine wissenschaftliche Begleitforschung.

Weil sich die extreme Rechte und weitere antidemokratische Kräfte in den letzten Jahren stark in ihrer Gestalt und ihren Argumentationen verändert haben, sollten die vorliegenden Fragebatterien ergänzt und angepasst werden: Insbesondere haben sich pauschal systemkritische, völkisch-autoritär-rebellische sowie (rechts-)populistische Einstellungen und Bewegungen entwickelt, die zunehmend die demokratische Grundordnung bedrohen und in Frage stellen.

Es wurde im Beirat kontrovers diskutiert, was die Befragten unter „starker Hand“ verstehen und welche Wünsche damit verbunden sind. Deshalb sollte im nächsten Sachsen-Monitor erhoben werden, was unter „starker Hand“ verstanden wird und welche Hoffnungen damit verbunden sind.